

Eingangsstempel

Ansuchen um Genehmigung von

Austauschplänen Änderungsplänen

Daten des/der Bewilligungswerbers/in

Name	
Adresse	
Telefonnummer	
E-Mail	

Daten des/der Verfassers/in der Unterlagen

Name	
Adresse	
Telefonnummer	
E-Mail	

Grundstücksdaten

Adresse	
Gst	
EZ	
KG	

Daten zu der baulichen Maßnahme

Gebäudeklasse laut OIB 2019 (zutreffendes ankreuzen)	<input type="checkbox"/> GK 1 <input type="checkbox"/> GK 3 <input type="checkbox"/> GK 5 <input type="checkbox"/> GK 2 <input type="checkbox"/> GK 4
Bezeichnung des Bauvorhabens gemäß § 2 BauPolG (zutreffendes ankreuzen)	<input type="checkbox"/> Neubau <input type="checkbox"/> Zu- oder Aufbau <input type="checkbox"/> Umbau <input type="checkbox"/> Einfriedung <input type="checkbox"/> techn. Einrichtung (z.B. Heizung) <input type="checkbox"/> Änderung Art und Verwendungszweck <input type="checkbox"/> Sonstiges
Angaben über die Art der baulichen Maßnahmen (z.B. Wohnhaus, Neubau/Zubau/Umbau, Änderung der Art des Verwendungszweckes)	

Bauplatzerklärung (zutreffendes ankreuzen)	<input type="checkbox"/> Bescheid vom _____ Zahl _____ <input type="checkbox"/> bereits anhängig/wird gleichzeitig beantragt
---	---

Unterlagen zum Bewilligungsansuchen gemäß § 4 BauPOIG (Zutreffendes ankreuzen):

- Grundbuchauszug.
- planliche Darstellung (Pläne) und technische Beschreibung (Formblatt) nach Maßgabe des § 5 BauPOIG (3fach).
- Verzeichnis der gemäß § 7 BauPOIG als Parteien Betracht kommenden Rechtsträger unter Angabe der Grundstücksnummern sowie der Namen und Anschriften der Eigentümer der Grundstücke.
- Zeusnummer des Planungsenergieausweises gemäß § 5 Abs 4 lit c BauPOIG.
- Bei baulichen Maßnahmen, für die eine Zustimmung von Parteien vorliegt, hat der Bewilligungswerber das nach § 7 Abs 9 BauPOIG festgelegte Formular anzuschließen
- Ist im Zusammenhang mit der baulichen Maßnahme aufgrund anderer Rechtsvorschriften eine weitere behördliche Bewilligung erforderlich, so ist dem Ansuchen auch der bezügliche Bescheid oder eine amtliche Bestätigung der Behörde beizulegen, aus der ersichtlich ist, dass der Bewilligungswerber das in Betracht kommende behördliche Verfahren anhängig gemacht hat.
- AGWR Datenblatt

Erklärung des Bewilligungswerbers gemäß § 10 Abs 3 BauPOIG zur Verfahrensart:

Die Voraussetzungen für ein vereinfachtes Verfahren

- liegt vor
- liegen nicht vor

weil

- der/die Bau/ten insgesamt einen umbauten Raum von _____m³ und _____oberirdische Geschoße aufweist/aufweisen
- es sich um die Errichtung einer technischen Einrichtung in einem dem vereinfachten Verfahren unterliegenden Bau handelt
- es sich um eine bauliche Maßnahme im Sinne des § 10 Abs 1 Z 2 bis 7 BauPOIG handelt
- es sich um einen Bau im Sinne des § 10 Abs 2 BauPOIG handelt

Ort, Datum	
Unterschrift des/der Bewilligungswerber/s	

Bestätigung des befugten Planverfassers im vereinfachten Verfahren:

Es wird hiermit im Sinne des § 10 Abs 4 BauPOIG ausdrücklich bestätigt, dass alle im Zeitpunkt des Bauansuchens geltenden baurechtlichen Anforderungen eingehalten sind (ausgenommen hiervon ist/sind die gleichzeitig beantragte/n Ausnahme/n).

Ort, Datum	
Unterschrift des/der Verfasser/in der Unterlagen	

Gebäudeklassen laut OIB 2019:

Gebäude der Gebäudeklasse 1 (GK1)

Freistehende, an mindestens drei Seiten auf eigenem Grund oder von Verkehrs Flächen für die Brandbekämpfung von außen zugängliche Gebäude mit nicht mehr als drei oberirdischen Geschossen, mit einem Fluchtniveau von nicht mehr als 7,00m und insgesamt nicht mehr als 400m² Brutto-Grundfläche der oberirdischen Geschoße, bestehend aus nicht mehr als zwei Wohnungen oder einer Betriebseinheit.

Gebäude der Gebäudeklasse 2 (GK2)

- (a) Gebäude mit nicht mehr als drei oberirdischen Geschoßen und mit einem Fluchtniveau von nicht mehr als 7,00m von insgesamt nicht mehr als 400 m² Brutto-Grundfläche der oberirdischen Geschoße,
- (b) Reihenhäuser mit nicht mehr als drei oberirdischen Geschossen und mit einem Fluchtniveau von nicht mehr als 7,00m, bestehend aus Wohnungen bzw. Betriebseinheiten von jeweils nicht mehr als 400m² Brutto-Grundfläche der oberirdischen Geschoße.
- (c) Freistehende, an mindestens drei Seiten auf eigenem Grund oder von Verkehrsflächen für die Brandbekämpfung von außen zugängliche Gebäude mit ausschließlicher Wohnnutzung mit nicht mehr als drei oberirdischen Geschoßen und mit einem Fluchtniveau von nicht mehr als 7,00 m von insgesamt nicht mehr als 800m² Brutto-Grundfläche der oberirdischen Geschoße.

Gebäude der Gebäudeklasse 3 (GK3)

Gebäude mit nicht mehr als drei oberirdischen Geschoßen und mit einem Fluchtniveau von nicht mehr als 7,00m, die nicht in die Gebäudeklassen 1 oder 2 fallen.

Gebäude der Gebäudeklasse 4 (GK4)

- (a) Gebäude mit nicht mehr als vier oberirdischen Geschoßen und mit einem Fluchtniveau von nicht mehr als 11m, bestehend aus mehreren Wohnungen bzw. mehreren Betriebseinheiten von jeweils nicht mehr als 400 m² Nutzfläche der einzelnen Wohnungen bzw. Betriebseinheiten in den oberirdischen Geschoßen,
- (b) Gebäude mit nicht mehr als vier oberirdischen Geschoßen und mit einem Fluchtniveau von nicht mehr als 11m, bestehend aus einer Wohnung bzw. einer Betriebseinheit ohne Begrenzung der Brutto-Grundfläche der oberirdischen Geschosse.

Gebäude der gebäudeklasse 5 (GK5)

Gebäude mit einem Fluchtniveau von nicht mehr als 22m, die nicht in die Gebäudeklassen 1, 2, 3 oder 4 fallen.

Erforderliche Unterlagen zum Baubewilligungsansuchen (gemäß § 4 BauPolG):

1. Ansuchen um Bewilligung (Formular);
2. Grundbuchauszug, woraus die Eigentümer des Grundstückes ersehen werden können; diese Unterlage darf nicht älter als 3 Monate sein;
3. Verzeichnis der gemäß § 7 BauPolG als Parteien in Betracht kommenden Rechtsträger unter Angabe der Grundstücksnummern sowie der Namen und Anschriften der Eigentümer der Grundstücke;
4. Stimmen die Nachbarn und die Eigentümer der Hauptversorgungsrichtungen, denen im Bewilligungsverfahren Parteistellung zukommt, im Hinblick auf ihre subjektiv-öffentlichen Rechte (§ 9 Abs 1 Z 5 und 6 BauPolG) der baulichen Maßnahme unwiderruflich zu, haben sie keine Parteistellung im weiteren Verfahren. Für die sind die Formulare gemäß Formularordnung zu verwenden. Außerdem müssen die Pläne von den zustimmenden Personen unterfertigt sein;
5. Ist im Zusammenhang mit der baulichen Maßnahme aufgrund anderer Rechtsvorschriften eine weitere behördliche Bewilligung erforderlich, so ist am Ansuchen auch der bezügliche Bescheid oder eine amtliche Bestätigung der Behörde beizulegen, aus der ersichtlich ist, dass der Bewilligungsgeber das in Betracht kommende behördliche Verfahren anhängig gemacht hat;
6. GWR Datenblatt.

✓ **Baupläne 3-fach:**

- a) Ein auf der Grundlage der erteilten oder beantragten Bauplatzerklärung verfasster Lageplan über den Bauplatz und seine Umgebung, der eine eindeutige Bestimmung der Lage des Bauplatz und im Verhältnis zu den gemäß § 7 Abs 1 Z 1 BauPolG maßgebenden Grundstücken einschließlich der Bauten darauf sowie zu den öffentlichen Verkehrsflächen ermöglicht; aus diesem Plan müssen überdies die Lage des Bauplatzes zur Nordrichtung, seine Größe, alle auf dem Bauplatz bestehenden Bauten sowie alle hierauf vorhandenen Hauptversorgungseinrichtungen (Energieversorgungs-, Wasserversorgungs- und Abwasserleitungen samt Sicherheitsabständen) ersichtlich sein; ferner muss auf diesem Plan die Lage und die Größe der im Bauplatz zu bebauenden Fläche angegeben sein; in den Lageplan sind schließlich auch die verpflichtend zu schaffenden Kraftfahrzeug-Stellplätze, die Zu- und Abfahrten dazu bzw. davon, die Wendepunkte sowie die Ein- und Ausfahrten zu bzw. von Kraftfahrzeug-Abstellplätzen oder Garagen von bzw. in Straßen öffentlichem Verkehr einzuzeichnen;
 - b) Die Grundrisse sämtlicher in Betracht kommende Geschosse mit Angabe des geplanten Verwendungszweckes der Räume und mit Einzeichnung der verpflichtend zu schaffenden Kraftfahrzeug-Stellplätze;
 - c) Die notwendigen Schnitte, insbesondere die Stiegenhauschnitte;
 - d) Alle Ansichten, die zur Beurteilung der äußeren Gestalt des Baues und des allfälligen Anschlusses an die Ableitung der Abwässer
 - e) Soweit es für die Erteilung der Bewilligung notwendig ist, die Darstellung der Anlagen für die Sammlung und Ableitung der Abwässer;
 - f) Gegebenfalls die Angabe der Art und die Darstellung der baulichen Vorsorge für Heizungsanlagen sam Rauchfängen einschließlich der Rauchfanganschlüsse, allfällige Aufzüge, Lüftungs- und Förderleitungen, Klimaanlage udgl.
- ✓ Im Fall von Zu-, Auf- und Umbauten haben die Baupläne auch den Altbestand des Baues erkennen zu lassen.

✓ **Technische Beschreibung 3-fach**

- a) Eine Beschreibung über die technischen Einzelheiten des Baues;
 - b) Die Angabe der Grundflächen-, Geschoßflächen- bzw. Baumassenzahl, der Wohnnutz- bzw. Nutzflächen und des umbauten Raumes
 - c) Die Angabe der für den baurechtlich gebotenen Mindestwärmeschutz von Bauten maßgeblichen Energiekennzahlen;
 - d) Eine Beschreibung der für das Ansehen des Baues maßgebenden Umstände, soweit diese nicht aus den Plänen zu entnehmen sind;
 - e) Eine Beschreibung der Bodenverhältnisse;
 - f) Bei Garagen die Angabe für welche nach dem verwendeten Treibstoff zu unterscheidende Fahrzeuge die Garage bestimmt ist, wenn eine Nutzung mit anderes Fahrzeugen beabsichtigt ist als solchen, die mit Benzin oder Diesel betrieben werden.
- ✓ Ansuchen um Bewilligung von Bauvorhaben mit einer Baumasse von mehr als 5.000 m³ ist ferner ein Konzept über die Vermeidung und ordnungsgemäße Trennung und Behandlung der bei der Bauführung anfallenden Abfälle einschließlich der hierfür erforderlichen Einrichtungen über technische Beschreibungen Anwendung.
- ✓ Die Pläne und die technische Beschreibung sind vom Bewilligungsgeber und vom Verfasser der Unterlagen zu unterfertigen. Für Bauführungen gemäß § 2 Abs 1 Z 1 BauPolG mit einem umbauten Raum von mehr als 300 m³ muss der Verfasser der Unterlagen eine hierzu nach gewerberechtlichen oder sonstigen Rechtsvorschriften ausdrücklich befugte Person sein. Die Baubehörde kann für andere Zu- und Aufbauten sowie für Umbauten die Vorlage der von einer solchen Person verfassten Unterlagen verlangen, wenn diese baulichen Maßnahmen auf die Festigkeit und Brandsicherheit eines Baues erhebliche Auswirkungen haben können. Der Verfasser ist gegenüber der Baubehörde für die Richtigkeit der Unterlagen haftbar.

- ✓ Abweichend vom vor angeführten Absatz müssen beim vereinfachten Verfahren die Unterlagen jedenfalls von einer dazu nach gewerberechtlichen oder sonstigen Rechtsvorschriften ausdrücklich befugten Person verfasst und von dieser unterfertigt sein. Dies gilt nicht bei zu Wohnbauten gehörigen und dem Bedarf der Bewohner dienenden eingeschossigen Nebenanlagen (Garagen, überdachte Kraftfahrzeug-Stellplätze, Garten- und Gerätehütten, Holzlagen, Glas- und Gewächshäuser udgl.) mit einer überdachten Fläche von nicht mehr als 20 m².
- ✓ Für die Errichtung oder erhebliche Änderung von Aufzügen ist eine von einem Aufzugsprüfer auf Grund einer Vorprüfung gemäß § 17 Aufzüge-Sicherheitsverordnung 1996 – ASV 1996, BGBl 1999/780 idGF, ausgestellte Bestätigung über die Einhaltung der grundlegenden Sicherheitsanforderungen (§ 6 ASV 1996) vorzulegen; die für diese Vorprüfung maßgeblichen Unterlagen sind vom Aufzugsprüfer mit einem Kontrollvermerk zu versehen

Hinweise zum Baubewilligungspflichtige Maßnahmen

§ 2 Abs 1 BauPoIG – Bewilligungspflichtige Maßnahmen

1. Die Errichtung von oberirdischen und unterirdischen Bauten einschließlich der Zu- und Aufbauten;
2. Die Errichtung von technische Einrichtungen von Bauten, soweit diese Einrichtungen geeignet sind, die Festigkeit oder Brandsicherheit des Baues zu beeinflussen oder die sonstigen Belange nach § 1 Abs 1 Bautechnik Gesetz 1976 (BauTG), LGBI 1976/75 idGF, erheblich zu beeinträchtigen (Heizungsanlagen, Klima- und Lüftungsanlagen udgl.) oder es sich um Hauskanäle zu einer Kanalisationsanlage handelt;
3. Die Änderung oberirdischer Bauten, die sich erheblich auf ihre äußere Gestalt oder ihr Ansehen auswirkt, insbesondere auch die Anbringung von Werbeanlagen;
4. Die sonstige Änderung von Bauten und technischen Einrichtungen, die geeignet ist, die Festigkeit oder Brandsicherheit des Baues zu beeinflussen oder die sonstigen Belange des § 1 Abs 1 BauTG erheblich zu beeinträchtigen;
5. Die Änderung der Art des Verwendungszweckes von Bauten oder Teilen von solchen; als solche gilt bei Garagen auch deren Verwendung zum Abstellen von Kraftfahrzeugen, für die die Garage nicht zugelassen ist;
6. Der Abbruch von Bauten, ausgenommen von freistehenden Bauten mit einem umbauten Raum von weniger als 500 m³;
 - (a) Die Errichtung oder erhebliche Änderung von Ein- und Ausfahrten zu bzw. von Kraftfahrzeug-Abstellplätzen oder Garagen von bzw. in Straßen mit öffentlichen Verkehr, wenn nicht die Zustimmung des Straßenhalters oder bei Landesstraßen oder Gemeindestraßen ein Bescheid gemäß § 26 Abs 2 bzw. § 28 Abs 3 des Landesstraßengesetzes 1972 vorliegt;
 - (b) Die Errichtung oder erhebliche Änderung von Zu- und Abfahrten zu bzw. von Kraftfahrzeug-Stellplätzen und von dazugehörigen Wendepunkten;
7. Die Errichtung und erhebliche Änderung von Einfriedungen gegen öffentliche Verkehrsflächen sowie die Errichtung und erhebliche Änderung von Einfriedungen gegen Nachbargrundstücke, wenn sie als Mauern, Holzwände oder gleichartig ausgebildet sind und eine Höhe von 1,5m überstiegen;
 - (a) Die Errichtungen und erhebliche Änderung von Stütz- und Futtermauern von mehr als 1,5m Höhe, es sei denn, dass die Maßnahme im Zusammenhang mit der Schaffung von öffentlichen Verkehrsflächen oder Wasserbauten steht;
8. Die Errichtung und erhebliche Änderung von freistehenden Industrieschornsteinen, Tribünenanlagen und Flutlichtbauwerken, tragluthallen, Windkraftanlagen und die Aufstellung von Zelten, deren überdachte Fläche 50 m² übersteigt, sowie die Aufstellung von Wohnwagen udgl. Außerhalb eines Campingplatzes, wenn diese nicht ortsbeweglich ausgestaltet sind oder in einer Art und Weise ständig oder regelmäßig im selben örtlichen Bereich benützt werden, die der Nutzung als Wohnung oder Zeitwohnung entspricht.

§ 10 Abs 1 und 2 BauPolG – Vereinfachtes Verfahren

1. Die Errichtung von Bauten mit einem umbauten Raum von nicht mehr als 4.000 m³ und höchstens drei oberirdischen Geschossen einschließlich solcher Zu- und Aufbauten, durch die diese Größe und Höhe nicht überschritten wird, sowie die Errichtung von technischen Einrichtungen gemäß § 2 Abs 1 Z 2 BauPolG von solchen Bauten;
 2. Die erhebliche Änderung im Sinn des § 2 Abs 1 Z 3 und 4 BauPolG von unter Z 1 fallenden Bauten und technischen Einrichtungen;
 3. Die Änderung der Art des Verwendungszweckes im Sinn des § 2 Abs 1 Z 5 BauPolG von unter Z 1 fallenden Bauten oder Teilen davon, wenn die Bewilligung der Errichtung des Baues oder Teiles davon mit der neuen Art des Verwendungszweckes im vereinfachten Verfahren zulässig wäre;
 4. Die Errichtung oder erhebliche Änderung von Aufzügen, Fahrtreppen oder Fahrsteigen;
 5. Die Errichtung und erhebliche Änderung von Jauche- und Güllegruben;
 6. Die Errichtung oder erhebliche Änderung von Ein- und Ausfahrten zu bzw. von Kraftfahrzeug-Abstellplätzen oder Garagen von bzw. in Straßen mit öffentlichem Verkehr, wenn sie in Verbindung mit einer nur im vereinfachten Verfahren zu behandelnden Maßnahme steht und nicht die Zustimmung des Straßenerhalters oder ein im § 2 Abs 1 Z 6a BauPolG genannter Bescheid vorliegt;
 7. Die Errichtung oder erhebliche Änderung von Zu- und Abfahrten zu bzw. von Kraftfahrzeug-Stellplätzen sowie von dazu gehörigen Wendeplätzen, die in Verbindung mit einer nur im vereinfachten Verfahren zu behandelnden Maßnahme steht.
- ✓ Die im Folgenden getroffenen Sonderbestimmungen gelten nicht für die Errichtung einschließlich Zu- und Aufbauten oder erhebliche Änderung folgender Bauten: Versammlungs- und Veranstaltungsbauten; Geschäftshäuser; Handelsgroßbetriebe (§ 32 ROG 2009); gastgewerblich genutzte Bauten einschließlich Jugend- und Ferienheime; Pensionisten- und Seniorenheime; Kranken- und Kuranstalten; Kindergärten, Horte, Kinderheime; Schulen, Schüler- und Studentenheime
 - ✓ Bauausführender/Bauführer: Der Inhaber der Bewilligung (Bauherr) hat sich zur Ausführung einer im § 2 Abs 1 Z 1 bis 4, 6 und 8 BauPolG angeführten baulichen Maßnahme, ausgenommen Traglufthallen, Zelte und Wohnwagen sowie Nebenanlagen im Sinn des § 10 Abs 4 BauPolG zweiter Satz, solcher Personen zu bedienen, die hierzu nach gewerberechtlichen oder sonstigen Rechtsvorschriften ausdrücklich befugt sind (Bauausführende/Bauführer).
 - ✓ Verfahrensablauf: Über das eingebrachte Ansuchen ist nach Durchführung der Vorprüfung und des Ermittlungsverfahrens durch Bescheid der Baubehörde zu entscheiden. Die Ausführung einer baulichen Maßnahme ohne Bewilligung ist eine Verwaltungsübertretung und mit einer Geldstrafe von bis zu € 25.000,- (bei Uneinbringlichkeit: Ersatzfreiheitsstrafe bis 6 Wochen) zu bestrafen.
 - ✓ Die Wasserleitungsordnung der Gemeinde Seeham ist einzuhalten.
 - ✓ Die Kanalordnung des Reinhaltverband Trumerseen ist einzuhalten.